

# Ein Anfang

## Zur Aufnahme von 2.500 Irakflüchtlingen in Deutschland

Andrea Kothen

Im Frühjahr 2010 – gut ein Jahr nach Ankunft des ersten Flugzeugs – kamen die letzten von 2.500 aus Syrien und Jordanien ausgeflogenen Irakflüchtlinge in Deutschland an. Damit endet vorerst eine Aufnahmeaktion, die Ende 2008 von Bund und Ländern beschlossen worden war.

In Deutschland erhielten die Aufgenommenen zunächst eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive und weit gehenden sozialen Rechten. Die Bedingungen für einen gelungenen Start ins neue Leben waren vielfach da. Trotz der klaren Rechtslage war aber leider auch festzustellen, dass beispielsweise die Krankenversorgung oft nur schleppend in Gang kam, insbesondere Transport und Erstunterbringung von Kranken zu wünschen übrig ließen und Flüchtlinge trotz Anspruchs auf Mietkostenübernahme vielerorts in Sammelunterkünften leben mussten. Auch die Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet war problematisch: Wurden anfangs die Wünsche und Beziehungen in Deutschland weitgehend berücksichtigt, so kam später immer härter der »Königsteiner Schlüssel« zum Tragen, der für eine Quotierung und Verteilung auf die Bundesländer sorgt – mit teils schwer erträglichen Folgen für die Betroffenen. So wurde einer traumatisierten alleinstehenden Frau ein Wohnheimplatz in einer ländlichen Region zugewiesen – ohne Beratungsangebot, abseits einer städtischen Infrastruktur, weit weg von Verwandten oder irakischen Landsleuten.

Alle Aufgenommenen waren zuvor von UNHCR als besonders schutzbedürftige Flüchtlinge eingestuft und für eine Neuansiedlung vorgeschlagen worden. Die letztendliche Auswahl der aufzunehmenden Personen traf – entsprechend den Vorgaben der Bundesregierung – das deutsche



Irakische Familien werden von UNHCR in Damaskus für Nahrungsmittelhilfen registriert.

© UNHCR / M. Bernard

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Erfreulicherweise beschränkte sich die Aufnahme entgegen ursprünglichen Plänen nicht ausschließlich auf Christen. Rund 70 % der Aufgenommenen sind schutzbedürftige Minderheitenangehörige (vor allem Christen, aber auch Mandäer und Yeziden). 5 % sind alleinstehende Frauen mit Kindern und weitere 5 % behandlungsbedürftige Kranke. 35 % sind unter 16 Jahren alt, und knapp 70 % der Familien haben bereits Verwandte in Deutschland. Die zweifelhafteste Vorbedingung des Bundes war die »Integrationsfähigkeit« der Betroffenen. Diese wurde schlicht an ein höheres Bildungsniveau geknüpft, was zur schonungslosen Abweisung von Menschen trotz offenkundig bestehenden Schutzbedarfs führte. Für diejenigen, die aufgenommen wurden, bedeutete die Aufnahme zweifellos ihre Rettung aus einer perspektivlosen Situation. Die Aufnahmeaktion war deshalb generell ein richtiger Schritt hin zu einer kontinuierlichen Neuansiedlungspolitik.

### EUROPA KANN MEHR TUN

Wenn weiter nichts geschieht, bleibt die Aufnahmeaktion ein Tropfen auf den heißen Stein. Noch immer leben in der Region Menschen, die dringend auf Schutz im Ausland angewiesen sind. Die Zahl der irakischen Flüchtlinge wird aktuell auf ca. 1,1 Million in Syrien und 600.000 in Jordanien geschätzt. Unter ihnen sind zahlreiche alleinstehende Frauen, Kinder und kranke Menschen, die kaum ihr Überleben sichern können. Etwa 60.000 in Syrien lebende Flüchtlinge sind als Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten besonders bedroht. Auch in der Türkei sind hunderttausende irakische Flüchtlinge gestrandet.

In diesen Staaten – aber nicht nur dort – muss Europa mit der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen helfen. Der Vorschlag der EU-Kommission »zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU« vom 2. September 2009 sieht vor, dass sich mehr EU-Staaten (derzeit sind es zehn) dauerhaft beteiligen. Wichtigster Gesichtspunkt eines solchen Resettlementprogramms sei die Solidarität mit den Erstaufnahmestaaten. Darüber hinaus verbindet die Kommission

damit langfristig »strategische« Ziele und die Einbindung in die Außenpolitik der EU.

Das EU-Konzept sieht vor, dass eine Sachverständigengruppe jährlich gemeinsame Prioritäten für die aufzunehmenden Personengruppen festlegt. Es fehlt ein Hinweis darauf, dass die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge Vorrang vor allen anderen Kriterien haben muss. Zu befürchten ist auch, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Erstaufnahmestaaten abhängig gemacht wird von einer Mitwirkung bei der Abwehr von in Europa unerwünschten Flüchtlingen.

Verbindlich ist das geplante EU-Programm für die Mitgliedstaaten nicht. Wer aber EU-Zuschüsse zu den Kosten der Aufnahme erhalten will, soll künftig an die Vorgaben der EU gebunden sein. Die gleichzeitig geänderte Richtlinie zum Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) sieht 4.000 Euro Zuschuss an den Mitgliedstaat für jeden im EU-Rahmen aufgenommenen Flüchtling vor.

UNHCR hat den EU-Vorschlag grundsätzlich begrüßt und unter anderem die Erwartung geäußert, dass die Aufnahme der »besonders verletzlichen Personengruppen« als Priorität dauerhaft festgeschrieben wird. Die Reaktionen aus dem deutschen Regierungslager sind bisher verhalten. Die Argumente der Bundesregierung, man hätte lieber die Flexibilität eines nationalen Ad-hoc-Programms, da die Interessen der EU-Staaten unterschiedlich seien und man akut besser in Notlagen helfen könne, überzeugen jedoch nicht. Schließlich sollen verschiede-

ne Prioritäten in einem gemeinsamen Prozess vereinbart werden. Was die Nothilfe angeht, ist festzustellen, dass Resettlement gerade nicht für akute Krisensituationen geschaffen wurde (dafür gibt es andere politische Instrumente), sondern just für solche »langanhaltenden Flüchtlingssituationen«, in denen die Betroffenen über Jahre weder vor noch zurück können.

### DIE ZIVILGESELLSCHAFT SAGT JA

Mit dem EU-Programm könnte tatsächlich ein Anstieg der Flüchtlingsaufnahme in Europa einhergehen – ob dieser Anstieg jedoch die Schwelle eines rein symbolischen Engagements übersteigt, ob er gar als Feigenblatt für die flüchtlingsfeindliche Grenzpolitik der EU missbraucht wird, ob er sinnwidrig gegengerechnet wird gegen die Zahl der spontan nach Deutschland kommenden Asylsuchenden: All dies muss kritisch beobachtet und kommentiert werden. Unkritischen Beifall wird es von menschenrechtlich geerdeten Organisationen wie PRO ASYL nicht geben.

In Deutschland stehen tausende Menschen hinter unserer Forderung nach einer Flüchtlingsaufnahme. Initiativen in fast 50 deutschen Städten treten mit der Save-me-Kampagne gemeinsam dafür ein. Bislang 19 Städte- und Gemeinderäte haben bekundet, Flüchtlinge in der Kommune aufnehmen zu wollen. Höhepunkt der Save-me-Aktivitäten war die Präsentation von 5.000 Rettungsringen auf dem Berliner Hauptbahnhof zum Tag des Flüchtlings 2009. Informationen zur Kampagne und alle lokal verankerten

### SAVE ME ON TOUR



PRO ASYL hat die »Machmalauter«-Tour der Toten Hosen begleitet. Die Band unterstützt die Arbeit von PRO ASYL und die Kampagne »Stoppt das Sterben«. Es war bereits die dritte gemeinsam bestrittene Tour, aber noch nie wurden so viele Konzerte absolviert wie dieses Mal. Bei fast 30 Konzerten der Toten Hosen in Deutschland war PRO ASYL mit Info-Ständen zur Save-me-Kampagne vor Ort. Auf den Konzerten standen auch aktive Save-me-Unterstützerinnen und Unterstützer aus den jeweiligen Städten Frage und Antwort und informierten Interessierte direkt über Möglichkeiten zu Engagement und Teilnahme: wie man lokale Save-me-Aktionen unterstützen kann oder wie man selbst eine neue Gruppe ins Leben ruft. »Was wir auf Tour erlebt haben, hat uns überwältigt – nicht nur zahlenmäßig, sondern auch aufgrund des wirklichen Interesses der Fans an unserer Arbeit«, berichtet Nicole Viusa, die für PRO ASYL dabei war.

Save-me-Kampagnen sind im Internet zu finden unter [www.save-me-kampagne.de](http://www.save-me-kampagne.de).

Im Februar 2010 hat PRO ASYL die E-Mail-Aktion »Verantwortung übernehmen – Flüchtlinge aufnehmen« gestartet, mit der Bundesinnenminister Thomas de Maizière aufgefordert wird, mehr Irakflüchtlinge aus der Krisenregion in Syrien, Jordanien und der Türkei zu holen und dafür zu sorgen, dass Deutschland sich am UN-Resettlementprogramm mit der jährlichen Aufnahme einer substanziellen Zahl von Flüchtlingen beteiligt. Jetzt ist der Zeitpunkt da, an dem Deutschland seinen Teil dieser Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz übernehmen muss. ■

